

**Niederschrift über die  
Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie  
(10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg  
am 12.11.2018 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier (Öffentlicher Teil).**

Beginn: **17:10** Uhr

Ende: **18:40** Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Otmar Brittner

Herr Karl-Heinrich Ewald

Vertretung für Herrn Lothar Rommelfanger

Herr Markus Franzen

Herr Sascha Gottschalk

Herr Lutz Heidrich

Herr Dieter Klever

Herr Peter Müller

Herr Lutwin Ollinger

Herr Alfons Peter Rodens

Herr Uwe Roßmann

Verwaltung

Frau Anne Hennen

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Joachim Maierhofer

RL

Herr Rolf Rauland

GBL I

Herr Johannes Rausch

Breitbandkoordinator

Herr Norbert Rösler

AL 11

Schriftführer

Herr Hermann Becker

AL 4

Gäste

Herr Hubert Rommelfanger

GF der WFG

**nicht anwesend:**

Mitglieder

Herr Rudolf Funken

entschuldigt

Herr Lothar Rommelfanger

entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

entschuldigt

Frau Kreisbeigeordnete Jutta Roth-Laudor

entschuldigt

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

entschuldigt

## **Zur Geschäftsordnung**

**Landrat Schartz** eröffnete als Vorsitzender die Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie und begrüßte die Anwesenden. Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben sei. Da keine Änderungen zur Tagesordnung vorgebracht wurden, stand folgende Tagesordnung fest:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1. Dachstruktur der Regionalinitiative Mosel; Organisation und Finanzierung  
Vorlage: 0364/2018**
- 2. Breitbandprojekt Landkreis Trier-Saarburg; Information zum Sachstand  
Vorlage: 0365/2018**
- 3. Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Landkreis Trier-Saarburg  
Vorlage: 0366/2018**
- 4. Kreishaushalt 2019; Bereich Kreisentwicklung, Denkmalpflege und Wirtschaft  
Vorlage: 0367/2018**
- 5. Mitteilungen und Verschiedenes  
Vorlage: 0368/2018**

## Öffentlicher Teil

### 1. Dachstruktur der Regionalinitiative Mosel; Organisation und Finanzierung; Vorlage: 0364/2018

#### **Protokoll:**

**Der Vorsitzende** verwies auf die übersandte Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt, in der das Konzept zur Weiterentwicklung der „Regionalinitiative Mosel“ und der dauerhaften Mitfinanzierung der Geschäftsstelle der „Regionalinitiative Mosel“ mit einem jährlichen anteiligen Betrag des Kreises dargestellt sei. Eingehend auf die Historie der „Regionalinitiative Mosel“, die vorgesehene Erweiterung um die Bereiche Kultur, Natur und Landschaft sowie Weltkulturerbe Mosel wie auch eventuell den Bereich Wirtschaft und die Schaffung einer institutionalisierten Struktur durch die Gründung des Vereins „Faszination Mosel e. V.“ wies er darauf hin, dass die Finanzierung der Kosten für die Einrichtung einer Geschäftsstelle der „Regionalinitiative Mosel“/des Vereins von 117.000 Euro jährlich über Finanzierungsanteile der beteiligten Kreise Bernkastel-Wittlich (29.000 Euro), Trier-Saarburg (29.000 Euro), Cochem-Zell (20.000 Euro) und Mayen-Koblenz (10.000 Euro) und der Stadt Trier (29.000 Euro) aufgebracht werden sollen. Neben der dauerhaften Finanzierung seien über die nächsten 3 Jahre ergänzend projektbezogene Mittel für den Aufbau und die Umsetzung der Markenfamilie erforderlich. Dazu sei ein Umsetzungsprojekt mit mehreren Bausteinen mit jährlichen Kosten von 190.000 Euro (insgesamt 570.000 Euro für 3 Jahre) geplant. Die Finanzierung soll über ein entsprechendes LEADER-Projekt erreicht werden, bei dem eine Förderung in Höhe von 90 % in Aussicht stehe. Der verbleibende Eigenanteil von jährlich 19.000 Euro soll dabei gleich verteilt (je 3.800 Euro pro Jahr) und von den beteiligten Gebietskörperschaften getragen werden. Ein entsprechender LEADER-Antrag werde aber nur dann gestellt, wenn die dauerhafte Finanzierung der „Regionalinitiative Mosel“ durch die kommunalen Gebietskörperschaften beschlossen sei. Mit dem neuen Konzept zur Weiterentwicklung soll die „Regionalinitiative Mosel“ für die kommenden Herausforderungen gerüstet, die einzelnen Bereiche gestärkt und die Region im verschärften Wettbewerb erfolversprechender positioniert werden. Die dauerhafte Mitfinanzierung der Geschäftsstelle werde als notwendige Voraussetzung für die Weiterführung der „Regionalinitiative Mosel“ gesehen, die Entscheidung darüber habe für den Kreis insoweit auch grundsätzliche Bedeutung.

Anschließend fand eine kurze Diskussion im Ausschuss statt. Dabei verwies der **Vorsitzende** auf eine entsprechende Anmerkung des Ausschussmitgliedes Roßmann auf die seit einigen Jahren laufende Unterstützung des Kreises zu Gunsten der „Zukunftsinitiative Eifel“ und des „Regionalmanagements der Nationalparkregion Hunsrück-Hochwald“, wodurch auch eine gewisse flächendeckende Förderung der Regionen im Kreis erreicht werde. Bei der Maßnahme zur Weiterentwicklung der „Regionalinitiative Mosel“ habe man übereinstimmend die Auffassung vertreten, dass nur ein von allen Partnern gemeinsam getragenes und finanziertes Konzept erfolversprechend sei. Ferner berichtete der Vorsitzende von einem

Gespräch mit Verantwortlichen im Département de la Moselle in Metz, bei dem er gemeinsam mit Landrat Eibes die Pläne zur Weiterentwicklung der „Regionalinitiative Mosel“ vorgestellt habe. Dabei sei von der französischen Seite auch die Initiative „Mosl“ präsentiert worden, über die vom Tourismus über regionale Produkte und Wirtschaft alle wichtigen Bereiche erfasst und vermarktet würden.

Auf eine entsprechende Frage von **Ausschussmitglied Ollinger** erklärte Herr Maierhofer, dass die „Regionalinitiative Mosel“ auch die Bereiche Saar–Obermosel und Ruwer erfasse.

**Ausschussmitglied Roßmann** sprach sich für eine Befristung der Finanzierung der „Regionalinitiative MOSEL“ auf 3 – 5 Jahre aus, um danach eine gewisse Bilanz über die Weiterentwicklung und die Projekte zu ziehen.

**Der Vorsitzende** war der Auffassung, dass für die Gründung des Trägervereins „Faszination Mosel e. V.“ und die Konkretisierung sowie den Aufbau und die Umsetzung der Markenfamilie eine gewisse Vorlaufzeit benötigt werde. Deshalb sollte die Finanzierung der Geschäftsstelle der „Regionalinitiative MOSEL“ auf zunächst 5 Jahre befristet und danach über die weitere Unterstützung entschieden werden.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen des Vorsitzenden zustimmend zur Kenntnis und fasste den folgenden **Beschluss**:

„Der Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie stimmt dem vorgestellten Konzept zur Weiterentwicklung der „Regionalinitiative Mosel“ und der zunächst auf 5 Jahre befristeten Mitfinanzierung der Geschäftsstelle der „Regionalinitiative MOSEL“ mit einem jährlichen anteiligen Betrag in Höhe von 29.000 Euro zu.

Nach Ablauf von 5 Jahren soll eine Zwischenbilanz über die Weiterentwicklung der „Regionalinitiative Mosel“ sowie die durchgeführten Projekte gezogen und über die weitere Unterstützung der Initiative entschieden werden.

Er empfiehlt dem Kreisausschuss dem Konzept und der Mitfinanzierung der Geschäftsstelle unter Berücksichtigung der vorgenannten Befristung zuzustimmen.“

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**2. Breitbandprojekt Landkreis Trier-Saarburg; Information zum Sachstand; Vorlage: 0365/2018**

**Protokoll:**

**Der Vorsitzende** verwies auf die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und sprach damit die hohe Bedeutung einer schnellen Internetverbindung

und das dazu initiierte Breitbandprojekt des Landkreises an, mit dem unter Inanspruchnahme des Bundesförderprogrammes zur Unterstützung des Breitbandausbaus sowie der Förderrichtlinien des Landes Rheinland-Pfalz zur Förderung des Ausbaus von Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzen alle sogenannten „weißen Flecken“ im Landkreis beseitigt werden sollen. Ferner verwies er auf die Gigabitinitiative des Bundes, die darauf abziele, flächendeckend in Deutschland Gigabit-Netze zu schaffen. Von daher werde nach Umsetzung des Kreisprojektes weiterhin Handlungsbedarf hinsichtlich der Versorgung der Haushalte mit einem Glasfaseranschluss bestehen. Nach dem Ausbauprojekt des Kreises würden von den Privathaushalten über 99 % der ausgebauten Adressen mindestens 50 Mbit/s und rd. 95 % der ausgebauten Adressen mind. 100 Mbit/s zur Verfügung haben. Von den Privathaushalten würden sogar 24 % mit unmittelbaren Glasfaseranschlüssen angebunden, für die dann Bandbreiten von bis zu 300 Mbit/s zur Verfügung stünden. Ferner erhielten ca. 600 Gewerbe- und Sonderadressen sowie 53 Schulen direkte Glasfaseranschlüsse.

**Herr Rommelfanger** informierte, dass im Zuge der Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Landkreis das Aufgabengebiet des Breitbandausbaus auf Herrn Rausch, Abteilung 4, übertragen worden sei. Er unterstütze Herrn Rausch bei der Umsetzung des Breitbandprojektes, soweit dies in der Übergangszeit noch erforderlich sei. Die Versorgung mit Breitbandanschlüssen im Landkreis sei weiterhin sehr unterschiedlich. Trotz der teilweise eigenwirtschaftlichen Ausbauvorhaben der Telekommunikationsunternehmen sowie der Anstrengungen der Kommunen vor Ort sei die Breitbandversorgung im Landkreis insgesamt noch nicht zufriedenstellend. Um den wachsenden Anforderungen für die Übertragung von Daten gerecht zu werden und die wirtschaftliche sowie strukturelle Entwicklung im Landkreis zukunftsfähig zu gestalten, sei der weitere Ausbau der Breitbandnetzinfrastruktur im Landkreis dringend erforderlich. Eingehend auf den Werdegang des Breitbandprojektes im Landkreis machte er deutlich, dass innerhalb des Ausbaubereiches soweit als möglich alle Haushalte mit 50 Mbit/s und gewerbliche Adressen und Schulen mit gigabitfähigen Anschlüssen versorgt würden. Mit dem Abschluss der Umsetzung des Kreisprojektes sei im Februar/März 2020 zu rechnen. Dabei würde die Aufnahme zusätzlicher Adresspunkte geprüft, soweit dies von den Kosten und den Förderrichtlinien her möglich sei. Alle Adresspunkte, die nach dem Ausbauprojekt noch unterversorgt seien, könnten erst im Rahmen eines späteren Breitbandförderprojektes Berücksichtigung finden.

**Herr Rausch** informierte über den aktuellen Stand des Breitbandprojektes und erklärte dabei, dass die Firma innogy TelNet GmbH im Rahmen des Baufortschritts voraussichtlich auf der Basis eines Kostenbetrages in Höhe von rd. 440.000 Euro Fördermittel in 2018 anfordern werde. Dies entspreche bei einer Wirtschaftlichkeitslücke von rd. 9,5 Mio. Euro einem Baufortschritt von 4,61 %. Über den Fortgang des Projektes werde laufend auf der Internetseite der Kreisverwaltung unter der Rubrik „Breitbandausbau Trier-Saarburg“ informiert. Auf der Internetseite seien auch Informationen über das Ausbaubereich und die 7 Tiefbaulose sowie der Projektablaufplan abrufbar. Der Glasfaseranschluss zum Haus habe einen geldwerten Vorteil

von rd. 10.000 Euro und sollte daher von den Hauseigentümern zur Aufwertung ihrer Immobilien genutzt werden.

Daran anschließend fand eine kurze Aussprache statt, an der sich die Ausschussmitglieder **Rodens, Roßmann, Brittner und Ollinger** beteiligten. Im Rahmen der Aussprache wurden Fragen der genannten Ausschussmitglieder zum Breitbandprojekt und zur Mobilfunkversorgung im Landkreis von der Verwaltung beantwortet.

Dabei wies **Herr Rommelfanger** auf eine entsprechende Anmerkung von Ausschussmitglied Brittner darauf hin, dass im Rahmen einer Ortsbürgermeisterdienstbesprechung am 07.09.2018 in Konz ausführlich über das NGA-Breitbandprojekt im Kreis (Ausbautechnik, Ausbaupläne und Bauzeitenplan) informiert worden sei. Die Firma innogy TelNet GmbH habe dabei zugesagt, dass in den jeweiligen Ortsgemeinden über die Konzeptplanung informiert und bei FTTB-Anschlüssen (Anschluss bis zum Haus) bei den Grundstückseigentümern entsprechende Erklärungen für den Ausbau auf den Privatgrundstücken eingeholt würden. Sobald die Inbetriebnahme in den einzelnen Ortsgemeinden absehbar sei, würden die Bürgerinnen und Bürger durch Anschreiben und Bürgerinformationsveranstaltungen eingehend über die Möglichkeiten des Netzzuganges informiert. Der Endkunde werde nach dem Ausbau über die verschiedenen Möglichkeiten/Tarife für die Nutzung des Breitbandes in Kenntnis gesetzt.

**Ausschussmitglied Rodens** bestätigte, dass die Firma innogy die Ortsgemeinde Fell in dem notwendigen Umfang über den Internetanschluss für das Besucherbergwerk Fell informiert habe.

**Der Vorsitzende** erläuterte, dass neben der Ortsbürgermeisterdienstbesprechung am 07.09.2018 auch alle Ortsbürgermeister zum offiziellen Spatenstichtermin am 23.08.2018 in der Ortsgemeinde Vierherrenborn eingeladen wurden mit dem Ziel, sich über das Breitbandprojekt des Kreises zu informieren. Leider hätten nicht alle Ortsbürgermeister von dieser Informationsmöglichkeit Gebrauch gemacht. Außerdem halte er einen engen Kontakt zwischen den Ortsgemeinden und den Breitbandkoordinatoren der Verbandsgemeindeverwaltungen für wichtig, da sich die Kreisverwaltung nicht um alle Details des Ausbauprojektes vor Ort kümmern könne.

Sodann wurden die Informationen zum Breitbandprojekt des Kreises vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

### **3. Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Landkreis Trier-Saarburg; Vorlage: 0366/2018**

**Protokoll:**

**Der Vorsitzende** verwies auf die übersandte Sitzungsvorlage.

Auf Bitte des Vorsitzenden referierte **Herr Rommelfanger** anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Landkreis Trier-Saarburg. Dabei ging er auf die „klassischen“ Aufgaben der Wirtschaftsförderung und die sich verändernden Anforderungen an die kommunale Wirtschaftsförderung ein. Eingehend auf die Struktur der Wirtschaftsförderung im Landkreis und die Auflösung des Zweckverbandes Wirtschaftsförderung im Trierer Tal zum Jahresende 2017 machte er deutlich, dass der mit der Auflösung des Zweckverbandes einhergehende Verlust an Entwicklungs- und Betreuungsangeboten für die Industrie- und Gewerbestandorte Trierweiler-Sirzenich, Konz, Wasserliesch und Saarburg sowie der Kommunen und Unternehmen einen entscheidenden Impuls gegeben habe, die Wirtschaftsförderung im Landkreis neu aufzustellen. Die Weichen zur Neuorganisation der Wirtschaftsförderung seien im Dezember 2017 gestellt worden. Gemeinsam mit dem Zweckverband Industriepark Region Trier (IRT) seien neue strategische Ansätze für die Wirtschaftsförderung entwickelt worden. Die WFG werde künftig ergänzend zu den bisher wahrgenommenen Aufgaben stärker im Bereich der Entwicklung neuer Gewerbestandorte, des Standortmarketings sowie der nachhaltigen Weiterentwicklung bestehender Gewerbestandorte im Landkreis Trier-Saarburg aktiv werden. Ziel sei es, zum einen die Gemeinden als Flächenanbieter in der Entwicklung und Vermarktung von Grundstücken qualifiziert zu unterstützen und zum anderen Unternehmen bei der Umsetzung ihrer Investitionsvorhaben behilflich zu sein. Aber auch in der Beratung zu strukturverändernden Themen wie der Digitalisierung, der Energie- und Mobilitätswende sowie den Herausforderungen des Fachkräftemangels werde sich die WFG stärker engagieren. Dabei finde eine enge Kooperation mit dem IRT statt. Dazu sei auch die Geschäftsstelle der WFG mit der Geschäftsstelle des IRT zusammengelegt und ein organisatorischer Verbund in Föhren geschaffen worden. Zur Optimierung der Außendarstellung der Kommunikation sei bereits eine neue Corporate Identity entwickelt und ein neuer Internetauftritt der WFG geschaffen worden. Außerdem sei ein neues Informationssystem entwickelt worden, in dem Flächen- und Immobilienangebote sowie Anfragen von Unternehmen und Projektentwicklern strukturiert erfasst werden könnten. Ziel sei es, möglichst schnell und effizient Angebot und Nachfrage in diesem Bereich zusammenzubringen und Lösungen zu finden. Für die WFG seien derzeit insgesamt 4 Personen mit unterschiedlichen Zeitanteilen tätig. Dabei habe der Geschäftsführer des Zweckverbandes IRT Geschäftsführungsaufgaben und Projektarbeit ab 2018 mit einem Zeitanteil von 25 % für die WFG übernommen. Darüber hinaus sei eine Mitarbeiterin des IRT als Sachbearbeiterin ebenfalls ab 2018 mit einem Zeitanteil von 25 % für die WFG tätig. Ferner sei zur Verstärkung der Personalausstattung und effizienten Erledigung der Aufgaben ein neuer Mitarbeiter zum 01.11.2018 von der WFG eingestellt worden.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion erläuterte **Herr Rommelfanger** auf eine Frage von Ausschussmitglied Roßmann, dass man seitens der WFG auch die Ortsgemeinde Reinsfeld bei der Entwicklung eines neuen Gewerbegebietes unterstütze, für das derzeit aber noch kein Bebauungsplan vorliege. Zunächst seien u.a. eine Bodenuntersuchung und

ein Lärmgutachten für das geplante neue Gewerbegebiet in Reinsfeld in Auftrag gegeben worden. Außerdem gehe es darum, ob für die Erschließung des Gewerbegebietes eine Förderung in Anspruch genommen werden könne. Darüber hinaus würden auch andere Standorte im Kreis für eine Gewerbeansiedlung (z. B. Newel) untersucht. Außerdem gehe es um die Beratung von Gemeinden und Verbandsgemeinden in Ansiedlungs-, Standort- und Entwicklungsfragen (z. B. bezüglich der Gewerbebestände Trierweiler-Sirzenich, der Gewerbebestände in Saarburg, Irscher Straße, und in Hermeskeil, Grafenwald). Nicht zuletzt müsse die Wirtschaftsförderung auch auf neue gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Trends, wie z. B. Globalisierung der Wirtschaft, demographischer Wandel und Fach- und Führungskräfte-mangel, Energiewende und Klimaschutz, Elektromobilität sowie steigende Kosten für Energie und Rohstoffe eine Antwort finden und dazu beitragen, dass damit einhergehende Chancen der Entwicklung genutzt und mögliche Risiken minimiert werden. Ferner informierte er darüber, dass bei der VGV Hermeskeil eine neue Mitarbeiterin im Bereich der Wirtschaftsförderung tätig sei, die vor kurzem auch ein Praktikum bei der WFG und dem IRT in Föhren absolviert habe. Hier setze man auf eine zielgerichtete und kooperierende Zusammenarbeit.

**Der Vorsitzende** fasste anschließend kurz das Ergebnis der Beratung zusammen und erklärte, dass sich die WFG zukünftig verstärkt auch der Betreuung und Weiterentwicklung bestehender Gewerbebestände widmen werde und ging dabei auf verschiedene Gebiete (z. B. Industriepark Region Trier, Trierweiler-Sirzenich, Gusterath-Tal, Hermeskeil, Grafenwald, neues Gewerbegebiet Reinsfeld) näher ein.

Anschließend wurde die Information zur Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Landkreis vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Die PowerPoint-Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei.

#### **4. Kreishaushalt 2019; Bereich Kreisentwicklung, Denkmalpflege und Wirtschaft; Vorlage: 0367/2018**

##### **Protokoll:**

**Der Vorsitzende** verwies auf die übersandte Sitzungsvorlage, in der die Haushaltsansätze für den Bereich „Kreisentwicklung, Denkmalpflege und Wirtschaft“ für den Kreishaushalt 2019 auszugsweise dargestellt und erläutert seien.

Im Auftrag des Vorsitzenden erläuterte **Herr Becker** ausführlich die im Haushalt des Kreises 2019 für den Bereich „Wirtschaft“ veranschlagten Haushaltsansätze und begründete deren Notwendigkeit.

**Herr Rösler** erläuterte die Haushaltsansätze für den Bereich „Kreisentwicklung“.



wicklung und Denkmalpflege“. Dabei informierte er, dass der Haushaltansatz bei den Buchungsstellen 51121.529100 und 51121.529200 zur Einrichtung der Geschäftsstelle für die „Regionalinitiative MOSEL“ einschließlich des Umsetzungsprojektes von 23.400 Euro auf 32.800 Euro erhöht werden müsse.

Im Verlaufe der anstehenden Diskussion erläuterte **Herr Rösler** auf eine entsprechende Frage von Ausschussmitglied Roßmann, dass man bei der Bearbeitung der gestiegenen Anträge auf Errichtung von Windkraftanlagen teilweise bei Bedarf auf externe Büros zurückgreife.

**Der Vorsitzende** ging auf Eckpunkte des Entwurfes des Kreishaushaltes 2019 ein und machte deutlich, dass auch nach einem ersten Abstimmungsgespräch mit der ADD als Aufsichtsbehörde eine Erhöhung der Kreisumlage um 2,5 % erfolgen müsse, um den Haushalt ins Lot zu bringen.

Sodann erging auf Vorschlag des Vorsitzenden der folgende Beschluss:

„Der Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Demographie empfiehlt Kreisausschuss und Kreistag, die vorgetragene Haushaltsansätze für den Bereich „Kreisentwicklung, Denkmalpflege und Wirtschaft“ im Rahmen des Kreishaushaltes 2019 zu beschließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

## **5. Mitteilungen und Verschiedenes**

### **Protokoll:**

**Ausschussmitglied Müller** sprach die Ladesäuleninfrastruktur für die Elektromobilität an und war der Auffassung, dass die Ladesäulen möglichst zentral und an Orten installiert werden sollten, wo auch Betrieb herrsche. Im Hinblick darauf hielt er den im Bereich der Ortsgemeinde Pluwig gewählten Standort für eine Ladesäule, der etwas außerhalb liege, für ungünstig.

**Ausschussmitglied Ewald** erläuterte, dass man sich vor kurzem in den Ortsgemeinden Pluwig und Kasel für Standorte der Ladesäulen für Elektroautos entschieden habe. Die Entscheidung über die Standorte sei in den Gremien der jeweiligen Ortsgemeinden getroffen worden. In Kasel hätte man sich beispielsweise für einen Standort in der Nähe der Touristinformation entschieden.

**Der Vorsitzende** war der Auffassung, dass Ladesäulen möglichst zentral und an belebten Orten aufgestellt werden sollen, wo auch andere Dinge des täglichen Lebens erledigt werden könnten. Die Entscheidung über die

Standorte müsse jedoch den jeweiligen Ortsgemeinden überlassen bleiben. Der Kreis könne hier keine Vorgaben machen.

Als weitere Diskussionspunkte wurden die Mobilfunkversorgung im Kreis Trier-Saarburg von **Ausschussmitglied Gottschalk** und der Fachkräftemangel und eine Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund von **Ausschussmitglied Heidrich** angesprochen. Dabei wurde deutlich, dass die Mobilfunkversorgung im Kreis in Teilen unzureichend sei und Funklöcher geschlossen werden sollten. Ferner wurde deutlich, dass eine Reihe von Unternehmen in der Region vorhanden sei, die gerne mehr Personen mit Migrationshintergrund beschäftigen würden.

**Der Vorsitzende** verwies darauf, dass in Bayern eine Förderinitiative zur Schaffung von neuen Mobilfunkstandorten angelaufen sei, um insbesondere den Ausbau im ländlichen Raum zu unterstützen. Von daher werde wohl auch der neue Mobilfunkstandard 5 G gerade im ländlichen Raum nicht ohne eine öffentliche Förderung flächendeckend zu realisieren sein. Zudem erklärte er, dass bezüglich der Beschäftigung von Migrantinnen oder geflüchteten Menschen deren Aufenthaltsstatus zu berücksichtigen sei, d. h., ob diese ein Bleiberecht hätten oder nicht. Bei Personen ohne Aufenthaltserlaubnis müsse die Frage einer Beschäftigung im Einzelfall geklärt werden. Außerdem stelle sich oftmals das Problem einer illegalen Beschäftigung und Ausbeutung von Flüchtlingen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Landrat Günther Schartz)

(Hermann Becker)